

Recherche RES LEGAL - Netzfragen

Land: Griechenland

1. Rechtslage im Überblick

Netzzugang im Überblick	Es besteht ein vertraglicher Anspruch auf vorrangigen Anschluss von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien an das Netz. Zum Abschluss des Vertrages ist der Netzbetreiber verpflichtet. Ferner besteht ein Anspruch des Anlagenbetreibers gegen den Netzbetreiber auf Abnahme des Stroms aus Erneuerbaren Energien. Eine Pflicht des Netzbetreibers gegenüber dem Anlagenbetreiber auf Netzausbau kann sich nur aus dem Vertrag über den Netzanschluss ergeben, wenn dies zur Realisierung der Netzanschlussverpflichtung erforderlich ist.
Netzanschluss	Es besteht ein vertraglicher Anspruch des Anlagenbetreibers gegen den Netzbetreiber auf Anschluss an das Netz. Zum Abschluss des Anschlussvertrages ist der Netzbetreiber verpflichtet (Art. 11 Abs. 1 Gesetz 3468/2006 i.V.m. Art. 300, 301 NC). Für Kleinanlagen ergibt sich dieser Anspruch aus Art. 4 Abs. 4 Gesetz 3468/2006 i.V.m. Art. 300, 301 NC.
Netznutzung	Es besteht ein vertraglicher Anspruch des Anlagenbetreibers auf Abnahme des Stroms aus Erneuerbaren Energien. Die Abnahme wird im Rahmen eines Stromkaufvertrages (Power Purchase Agreement – PPA) mit dem Netzbetreiber geregelt (Art. 9 Abs. 1 i.V.m. Art. 12 Abs. 1, Art. 27 Abs. 7 Gesetz 3468/2006 i.V.m. Art. 316 NC i.V.m. Art. 1 V 1442/2006). Zum Abschluss des Vertrages ist der Netzbetreiber verpflichtet.
Netzausbau	Es besteht ein vertraglicher Anspruch des Anlagenbetreibers gegen den Netzbetreiber auf Netzausbau. Der Anspruch kann sich aus dem Anschlussvertrags (connection contract) ergeben, wenn der Ausbau für die Erfüllung des Anspruches auf Netzanschluss erforderlich ist (Art. 11 Abs. 1 Gesetz 3468/2006 i.V.m. Art. 301 Abs. 1, 306 NC). Zum Abschluss des Vertrages ist der Netzbetreiber verpflichtet.
Rechtsvorschriften	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetz 3468/2006 (Gesetz 3468/2006 Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien und hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungen) • NC (Netzkontroll- und Energiedurchführungskodex) • V 1442/2006 (Verfügung 1442/2006 Form und Inhalt der Kaufverträge von elektrischem Strom für die Einspeisung elektrischen Stroms in das System) • V 2000/2002 (Verfügung 2000/2002 Verfahren für die Ausstellung von Errichtungs- und Betriebslizenzen für Anlagen zur Produktion von Strom)

2. Rechtsquellen Basisinformationen

Titel der Rechtsquelle (Originalsprache)	Νόμος ΑΠΕ	Κώδικας	Συμβάσεις Πώλησης Δ.Ε.Η.
Titel (lang)	Νόμος 3468/2006 Παραγωγή Ηλεκτρικής Ενέργειας από Ανανεώσιμες Πηγές Ενέργειας και Συμπαράγωγή Ηλεκτρισμού και Θερμότητας Υψηλής Απόδοσης και λοιπές διατάξεις	Κώδικας Διαχείρισης του Συστήματος και Συναλλαγών Ηλεκτρικής Ενέργειας	Τύπος και περιεχόμενο συμβάσεων πώλησης ηλεκτρικής ενέργειας που παράγεται με χρήση Ανανεώσιμων Πηγών Ενέργειας και μέσω Συμπαράγωγής Ηλεκτρισμού και Θερμότητας Υψηλής Απόδοσης στο Σύστημα και το Διασυνδεδεμένο Δίκτυο και στο Δίκτυο των Μη Διασυνδεδεμένων Νήσων, σύμφωνα με τις διατάξεις του άρθρου 12 παρ. 3 του Ν. 3468/2006, όπως ισχύει, πλην ηλιοθερμικών και υβριδικών σταθμών
Titel (Deutsch)	Gesetz 3468/2006; Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien und hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungen (Gesetz 3468/2006)	NC (Netzkontroll- und Energiedurchführungskodex)	Verfügung 1497/2010; Form und Inhalt der Kaufverträge von elektrischem Strom für die Einspeisung elektrischen Stroms in das System und das Verbundnetzwerk in Übereinstimmung mit den Vorschriften von Art. 12, § 3 des Gesetzes 3468/2006
Kurzbezeichnung	Gesetz 3468/2006	NC	FEK 1497/2010
Inkrafttreten	25.12.2006	07.07.2005	06.09.2010
Letzte Änderung	04.06.2010	29.09.2010	
Künftige Änderungen			
Zweck	Umsetzung der EG-Richtlinie 2001/77/EG in griechisches Recht und Förderung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien auf dem griechischen Binnenmarkt.	Detaillierte Regelung für den Netzanschluss, den Netzzugang und den Netzausbau.	Vorschriften zum Formularstromkaufvertrag zwischen Netzbetreiber und Anlagenbetreiber.
Bezug Erneuerbare Energien	Das Gesetz dient ausschließlich der Förderung Erneuerbarer Energien.	Das Verfahren des Netzanschlusses, des Netzzugangs und des Netzausbaus für Anlagen zur	Art. 12 Abs. 3 Gesetz 3468/2006: Formularvertrag für den Abschluss des Strom-Kaufvertrags (PPA) für

		Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien richtet sich nach den Vorschriften des Netzkodex.	Stromerzeuger durch Erneuerbare Energien.
Link zur Rechtsquelle im Volltext (Originalsprache)	http://www.ypeka.gr/LinkClick.aspx?fileticket=5B5fuUXA4Ag%3d&tabid=555&language=el-GR	http://www.rae.gr/old/cases/C15/Codification_10-10.pdf	http://www.ypeka.gr/LinkClick.aspx?fileticket=nCH%2fZqR%2fZ%2fM%3d&tabid=555
Link zur Rechtsquelle im Volltext (Deutsch)	http://www.ypeka.gr/LinkClick.aspx?fileticket=qtiW90JJLYs%3d&tabid=37	http://www.rae.gr/en/codes/main.htm	gelöscht

Titel der Rechtsquelle (Originalsprache)	Νόμος για την απελευθέρωση της αγοράς ενέργειας	Φ/Β στις Στέγες	Α.Π.Ε για Αγρότες
Titel (lang)	Απελευθέρωση της αγοράς ηλεκτρικής ενέργειας- Ρύθμιση θεμάτων ενεργειακής πολιτικής και λοιπές διατάξεις	Ειδικό Πρόγραμμα Ανάπτυξης Φωτοβολταϊκών Συστημάτων σε κτιριακές εγκαταστάσεις και ιδίως σε δώματα και στέγες κτιρίων	Εφαρμογή των διατάξεων του ν.3851/2010 σχετικών με την εξέταση αιτημάτων για την εγκατάσταση σταθμών παραγωγής ηλεκτρικής ενέργειας από Α.Π.Ε. σε γεωργική γη υψηλής παραγωγικότητας,συμπεριλαμβανομένης της κατηγορίας των επαγγελματιών αγροτών
Titel (Deutsch)	Gesetz zur Liberalisierung des Strommarktes	Gemeinsamer Ministerbeschluss - Sonderprogramm "PV auf Dächern"	Rundschreiben des Umweltministeriums über die Lizenzvergabe für von Landwirten produzierten Strom aus Erneuerbaren Energien
Kurzbezeichnung	Gesetz 2773/1999	FEK 1079/2009	Rundschreiben 26928
Inkrafttreten	22.12.1999	04.06.2009	16.12.2010
Letzte Änderung	22.12.2005	20.09.2009	
Künftige Änderungen			
Zweck	Liberalisierung des Strommarktes	Förderung kleiner PV-Aufdachanlagen (unter 10 KW)	Netzanschlussverfahren für von Landwirten betriebene Anlagen zur Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien

Bezug Erneuerbare Energien	Vorschriften für Netzanschluss und Netzausbau in Bezug auf Anlagen zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien		
Link zur Rechtsquelle im Volltext (Originalsprache)	http://www.ypeka.gr/LinkClick.aspx?fileticket=VtweJAT%2fbGU%3d&tabid=277&language=el-GR	http://www.ypeka.gr/LinkClick.aspx?fileticket=mz8ssdmgKhg%3d&tabid=541	http://newsite.desmie.gr/fileadmin/user_upload/Files/adeiodotisi/2010.12.16_YPEKA_EG.26928.pdf
Link zur Rechtsquelle im Volltext (Deutsch)			

3. Weiterführende Kontakte

Institution (Name)	Website (Startseite)	Name der Kontaktperson (optional)	Telefonnummer (Zentrale)	eMail (optional)
Center for Renewable Energy Sources (CRES) - Energieagentur	http://www.cres.gr/kape/index_eng.htm		+30 210 660 33 00	cres(at)cres.gr
Entwicklungsministerium	http://www.ypan.gr/index_uk_c_cms.htm			service(at)dorg.minenv.gr
Ministerium für Umwelt, Energie und Klimawandel	http://www.ypeka.gr/Default.aspx?tabid=37&locale=en-US&language=el-GR		+30 210 6965 902	
Public Power Corporation S.A. (PPC) - Energieversorger	http://www.dei.gr/echome.aspx?lang=2	Dimitris Venetidis	+30 210 523 77 18	d.venetidis(at)dei.com.gr
Regulatory Authority for Energy (R.A.E.) - Regulierungsbehörde	http://www.rae.gr		+30 2103727400	Info(at)rae.gr
Hellenic Transmission System Operator S.A. (HTSO) - Übertragungsnetzbetreiber	http://www.desmie.gr/home/index_en.asp		+30 210 946 67 89	contact(at)desmie.gr

4. Netzanschluss

Kurzbezeichnung der Rechtsquelle(n)	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetz 3468/2006 • NC • FEK 1079/2009 • Rundschreiben 26928 		
Rechtslage im Überblick	<p>Für den Anschluss an das Übertragungsnetz sowie an das Verteilernetz gibt es grundsätzlich nur ein Verfahren. Es besteht ein vertraglicher Anspruch des Anlagenbetreibers gegen den Netzbetreiber auf den vorrangigen Anschluss von Anlagen zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien an das Netz. Zum Abschluss des Anschlussvertrages ist der Netzbetreiber verpflichtet (Art. 9 Abs. 1. Art. 11 Abs. 1 Gesetz 3468/2006 i.V.m. Art. 300, 301 NC).</p> <p>Berechtigt sind alle Betreiber einer Anlage zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, die Vertragspartei eines Anschlussvertrags sind. Vertragspartei können nur diejenigen Produzenten von Strom aus Erneuerbaren Energien werden, die eine Stromproduktionslizenz besitzen (Art. 3 Gesetz 3468/2006). Diese Lizenz wird vom Entwicklungsministerium für einen Zeitraum von 25 Jahren ausgestellt und muss von der Regulierungsbehörde (RAE) genehmigt werden. Die Gültigkeit kann um weitere 25 Jahre verlängert werden (Art. 3 Abs. 4 Gesetz 3468/2006).</p> <p>Der Verpflichtete ist der zuständige Netzbetreiber (Art. 12 Abs. 1 Gesetz 3468/2006). Die Anlage ist am wirtschaftlich und technisch günstigsten Verknüpfungspunkt anzuschließen.</p> <p>Der Anspruch entsteht mit Abschluss des Vertrages. Der Vertragsabschluss hat nach einem Verfahren zu verfolgen, das gesetzlich festgelegt und für alle Antragsteller auf Netzanschluss gültig ist (Art. 301 Abs. 1, 2 NC).</p>		
Verfahren	<table border="1"> <tr> <td data-bbox="618 794 1093 1455">Verfahren</td><td data-bbox="1093 794 2072 1455"> <p>EE-Anlagen innerhalb des Verbundsystems müssen das folgende Verfahren durchlaufen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erteilung einer Produktionslizenz (Art. 2 Abs. 1 Gesetz 3851/2010). Die für die Ausstellung dieser Lizenzen zuständige Behörde ist die Regulierungsbehörde (RAE). Die Produktionslizenz ist 25 Jahre gültig (Art. 3 Abs. 4 Gesetz 3851/2010). • Erteilung einer Baugenehmigung innerhalb einer Frist von 30 Tagen durch die zuständigen Direktionen der Verwaltungsregionen (Art. 8 Abs. 1 Gesetz 3468/2006). Gleichzeitiger Antrag des Anschlussinteressierten auf Umweltverträglichkeitsprüfung. Die Baugenehmigung hat 2 Jahre lang Gültigkeit (Art. 8 Abs. 10 Gesetz 3468/2006); die Umweltverträglichkeitsprüfung ist 10 Jahre gültig (Art. 8 Abs. 7 Gesetz 3468/2010). • Der Anschlussinteressierte hat parallel einen Antrag auf ein Anschlussanbot an DESMIE (Griechischer Übertragungsnetzbetreiber) zu stellen. Bei Anschluss der EE-Anlage an das Verteilernetz wird dieser Antrag an PPC (Verteilernetzbetreiber) weitergeleitet. Zustimmung des Anschlussinteressierten zu den Bedingungen des Anschlussanbots; Unterzeichnung des Anschlussvertrages (Art. 301 Abs. 7 NC). • Darüber hinaus Unterzeichnung eines Stromkaufvertrags zwischen DESMIE und dem Anschlussinteressierten (Art. 12 Gesetz 3468/2006). </td></tr> </table>	Verfahren	<p>EE-Anlagen innerhalb des Verbundsystems müssen das folgende Verfahren durchlaufen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erteilung einer Produktionslizenz (Art. 2 Abs. 1 Gesetz 3851/2010). Die für die Ausstellung dieser Lizenzen zuständige Behörde ist die Regulierungsbehörde (RAE). Die Produktionslizenz ist 25 Jahre gültig (Art. 3 Abs. 4 Gesetz 3851/2010). • Erteilung einer Baugenehmigung innerhalb einer Frist von 30 Tagen durch die zuständigen Direktionen der Verwaltungsregionen (Art. 8 Abs. 1 Gesetz 3468/2006). Gleichzeitiger Antrag des Anschlussinteressierten auf Umweltverträglichkeitsprüfung. Die Baugenehmigung hat 2 Jahre lang Gültigkeit (Art. 8 Abs. 10 Gesetz 3468/2006); die Umweltverträglichkeitsprüfung ist 10 Jahre gültig (Art. 8 Abs. 7 Gesetz 3468/2010). • Der Anschlussinteressierte hat parallel einen Antrag auf ein Anschlussanbot an DESMIE (Griechischer Übertragungsnetzbetreiber) zu stellen. Bei Anschluss der EE-Anlage an das Verteilernetz wird dieser Antrag an PPC (Verteilernetzbetreiber) weitergeleitet. Zustimmung des Anschlussinteressierten zu den Bedingungen des Anschlussanbots; Unterzeichnung des Anschlussvertrages (Art. 301 Abs. 7 NC). • Darüber hinaus Unterzeichnung eines Stromkaufvertrags zwischen DESMIE und dem Anschlussinteressierten (Art. 12 Gesetz 3468/2006).
Verfahren	<p>EE-Anlagen innerhalb des Verbundsystems müssen das folgende Verfahren durchlaufen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erteilung einer Produktionslizenz (Art. 2 Abs. 1 Gesetz 3851/2010). Die für die Ausstellung dieser Lizenzen zuständige Behörde ist die Regulierungsbehörde (RAE). Die Produktionslizenz ist 25 Jahre gültig (Art. 3 Abs. 4 Gesetz 3851/2010). • Erteilung einer Baugenehmigung innerhalb einer Frist von 30 Tagen durch die zuständigen Direktionen der Verwaltungsregionen (Art. 8 Abs. 1 Gesetz 3468/2006). Gleichzeitiger Antrag des Anschlussinteressierten auf Umweltverträglichkeitsprüfung. Die Baugenehmigung hat 2 Jahre lang Gültigkeit (Art. 8 Abs. 10 Gesetz 3468/2006); die Umweltverträglichkeitsprüfung ist 10 Jahre gültig (Art. 8 Abs. 7 Gesetz 3468/2010). • Der Anschlussinteressierte hat parallel einen Antrag auf ein Anschlussanbot an DESMIE (Griechischer Übertragungsnetzbetreiber) zu stellen. Bei Anschluss der EE-Anlage an das Verteilernetz wird dieser Antrag an PPC (Verteilernetzbetreiber) weitergeleitet. Zustimmung des Anschlussinteressierten zu den Bedingungen des Anschlussanbots; Unterzeichnung des Anschlussvertrages (Art. 301 Abs. 7 NC). • Darüber hinaus Unterzeichnung eines Stromkaufvertrags zwischen DESMIE und dem Anschlussinteressierten (Art. 12 Gesetz 3468/2006). 		

		<p>Erteilung einer Betriebsgenehmigung für eine Dauer von 20 Jahren (25 Jahre für solarthermische Anlagen, Art. 3 Abs. 11 Gesetz 3468/2006).</p> <p>Für kleine EE-Anlagen innerhalb des Verbundsystems gilt ein vereinfachtes Verfahren. "Kleine EE-Anlagen" sind wie folgt definiert (Art. 4 Gesetz 3468/2010):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Geothermie-Anlagen mit einer installierten Leistung $\leq 0,5$ MW, • Biomasse-, Biogas- und Biotreibstoffanlagen mit einer installierten Leistung ≤ 1 MW, • Solaranlagen (PV) oder solarthermische Anlagen mit einer installierten Leistung ≤ 1 MWp, • Windenergieanlagen mit einer installierten Leistung ≤ 100 kW, • KWK-Anlagen mit einer installierten Leistung ≤ 1 MWe. <p>Für diese Anlagen muss weder eine Produktionslizenz noch eine Baugenehmigung beantragt werden (Art. 4 Gesetz 3468/2006).</p> <p>Windparks bis zu 20 kW und PV-Anlagen bis zu 0,5 MW sind auch von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ausgenommen. PV-Anlagen auf gewerblich genutzten Gebäuden sind ebenfalls von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung befreit (Art. 8 Abs. 13 Gesetz 3468/2006). Mit Ausnahme der ersten beiden Verfahrensschritte ist das Verfahren mit dem oben beschriebenen identisch.</p> <p>Für nicht an das Netz angeschlossene Inseln ist PPC die für den Abschluss von Verträgen mit den Anlagenbetreibern zuständige Behörde (Art. 10 Gesetz 3468/2006).</p> <p>Für von Landwirten betriebene PV-Anlagen muss der Anschlussinteressierte eine Bestätigung der Greek Payment Agency (O.P.E.K.E.P.E.) vorlegen, in der bestätigt wird, dass er ein professioneller Landwirt ist. Darüber hinaus muss der Landwirt einen Antrag auf Klassifizierung seines Betriebes an die zuständige regionale Direktion des Griechischen Landwirtschaftsministeriums stellen. Wird sein Betrieb als "ertragsstark" klassifiziert, kann er nur dann eine PV-Anlage installieren, wenn die gesamte Fläche der von ihm installierten EE-Anlagen 1% der gesamten bewirtschafteten Fläche des jeweiligen Verwaltungsbezirks nicht übersteigt (Rundschreiben 26928).</p> <p>Bei kleinen PV-Anlagen auf Dächern (bis 10 kWp) sind die Adressaten der Förderung natürliche oder juristische Personen, die die Definition "Mikrounternehmen" (very small enterprise) erfüllen (Art. 1 FEK 1079). Der Anschlussinteressierte muss beim regional zuständigen Büro von PPC einen Antrag auf Anschluss seiner PV-Anlage an das Verteilernetz stellen (Art. 4 FEK</p>
--	--	--

		1079). PPC legt ein Anschlussanbot, das der Anschlussinteressierte gleichzeitig mit einem Entschädigungsvertrag unterzeichnet (Art. 4 Abs. 5 FEK 1079). Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Anschlussinteressierte bereits als Kunde an das Verteilernetz angeschlossen ist. Schließlich kann der Anschlussinteressierte nach Abschluss dieser Verträge beim lokalen Büro von PPC um Netzanschluss ansuchen (Art. 4 Abs. 6 FEK 1079).
	Fristen	Produktionslizenz: Die RAE ist dazu verpflichtet, die Produktionslizenz innerhalb von 2 Monaten auszustellen. Sie kann dabei den Übertragungs- oder Verteilernetzbetreiber konsultieren (Art. 3 Abs. 2 Gesetz 3468/2006). Anschlussanbot: DESMIE ist zur Erstellung eines Anschlussanbots innerhalb einer viermonatigen Frist verpflichtet (Art. 8 Abs. 4 Gesetz 3468/2006). Betriebsgenehmigung: Der Anlagenbetreiber muss um eine Betriebsgenehmigung ansuchen, die innerhalb von 20 Tagen ausgestellt wird. Schließlich ergibt sich der Zeitpunkt des Anschlusses der Anlage an das Netz aus den vertraglichen Vereinbarungen. Das Verfahren des Vertragsabschlusses enthält diverse Fristen für die Handlungspflichten der jeweiligen Vertragspartner (Art. 301 Abs. 1 NC). Für Aufdach-PV-Anlagen: Nach Prüfung des Antrags ist PPC dazu verpflichtet, innerhalb von 20 Tagen ein Anschlussanbot zu legen.
	Auskunftspflicht	
Vorrang Erneuerbare Energien (qualitative Kriterien)	(x) Vorrang Erneuerbare Energien () diskriminierungsfreie Behandlung	Der Anschluss von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien hat vorrangig zu erfolgen, sofern keine Gefährdung der Netzsicherheit besteht (Art. 9 Abs.1, Art. 10 Abs. 1 Gesetz 3468/2006 i.V.m. Art. 21 V 1442/2006).
Kapazitätsbeschränkungen (quantitative Kriterien)		
Kostenträger der Förderung		
	Kostenträger Staat	
	Kostenträger Verbraucher	
	Kostenträger Netzbetreiber	
	Kostenträger Anlagenbetreiber	Der Anlagenbetreiber trägt die Kosten des Anschlusses an den technisch geeigneten und wirtschaftlich günstigsten Verknüpfungspunkt sowie die Kosten der notwendigen Messeinrichtungen zur Erfassung der gelieferten und der bezogenen elektrischen Arbeit (Art. 266 Abs. 6 NC).
	Verteilmechanismus	

5. Netznutzung

Kurzbezeichnung der Rechtsquelle(n)	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetz 3468/2006 • NC • FEK 1497/2010 	
Rechtslage im Überblick	Strom aus Erneuerbaren Energien wird durch eine Kaufverpflichtung und vorrangige Übertragung gefördert. Der NC enthält allgemeine Bestimmungen zur Wahrung der Netzstabilität sowie einen Entschädigungsmechanismus.	
Verfahren	Verfahren	Der Anspruch entsteht mit Abschluss des Stromkaufvertrags (Art. 12 Abs. 1 Gesetz 3468/2006 i.V.m. Art. 1 V 1447/2010).
	Fristen	Der Anspruch auf Abnahme und Übertragung beginnt mit dem Ausstellungsdatum der Betriebslizenz (Art. 8 Abs. 5 Gesetz 3468/2006 i.V.m. Art. 1 FEK 1497/2010). Dies gilt nicht für bestimmte Kleinanlagen, die unter die Ausnahme von Art. 4 Absatz 1 Gesetz 3468/2006 fallen. Für diese entsteht der Anspruch auf vorrangige Abnahme der Strommenge nach Abschluss des Probebetriebs.
	Auskunftspflicht	
Vorrang Erneuerbare Energien (qualitative Kriterien)	(x) Vorrang Erneuerbare Energien () diskriminierungsfreie Behandlung	Es besteht ein Vorrang für Strom aus Erneuerbaren Energien im Verbundsystem (Art. 9 Abs. 1 Gesetz 3468/2006) und auf Inseln außerhalb des Verbundsystems (Art. 10 Gesetz 3468/2010). Bei Wasserkraftwerken gilt dies nur für Anlagen mit einer Leistung bis zu 15 MWe (Art. 9 Abs.1 a Gesetz 3468/2006).
Netzstabilität	<p>Das Kriterium "N-1" soll die Netzstabilität gewährleisten. Im Fall, dass die Netzstabilität gefährdet ist und die Stromproduktion eingeschränkt werden muss, ist DESMIE dazu verpflichtet, die Produzenten von Strom aus erneuerbaren Energien im Voraus über geplante Produktionsbeschränkungen zu informieren (Art. 116 NC). Es besteht eine Sonderregelung für die Entschädigung der Betreiber von Windparks im Fall von Produktionsbeschränkungen. Am Ende jedes Kalenderjahres zahlt der griechische Übertragungs- oder Verteilernetzbetreiber jedem Betreiber eines Windparks eine zusätzliche Entschädigung. Diese Entschädigung beträgt 30% der Produktionskürzungen des vorhergehenden Kalenderjahres. Dieser Prozentsatz wird jährlich angehoben, bis ein Maximum von 100% erreicht wird und die gesamte Entschädigung dem kleineren der folgenden Werte entspricht:</p> <p>a) der Vergütung, die die Anlage bei einer Gesamtleistung von 2.000 äquivalente Betriebsstunden erhalten würde, oder</p> <p>b) der Vergütung, die die Anlage bei uneingeschränkter Produktion erhalten hätte (Art. 13 Abs. 8 Gesetz 3468/2006).</p> <p>Auf Inseln außerhalb des Verbundsystems werden Produktionsbeschränkungen in den Netzanschlussverträgen geregelt (FEK 1497/2010).</p>	
Kostenträger der Förderung	Kostenträger Staat	
	Kostenträger Verbraucher	

	Kostenträger Netzbetreiber	Die Kosten der Netznutzung trägt der Netzbetreiber aufgrund seiner Eigentümerstellung. Eine gesonderte gesetzliche Regelung besteht dafür nicht.
	Kostenträger Anlagenbetreiber	
	Verteilmechanismus	Der Netzbetreiber kann die Systemkosten des Netzes über ein Netznutzungsentgelt auf alle an das Netz angeschlossenen Kunden abwälzen (§ Art 308, 309 NC). Anlagenbetreiber zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien sind von der Zahlung von Nutzungsentgelten ausgenommen (Art. 307 Abs. 5 C) (2) NC). In welchem Umfang Netznutzer, wie z.B. Stromlieferanten, die Kosten des Netznutzungsentgelts auf den Endverbraucher umlegen können, richtet sich nach allgemeinen energiewirtschaftsrechtlichen Vorschriften unter der Aufsicht der Regulierungsbehörde.

6. Netzausbau

Kurzbezeichnung der Rechtsquelle(n)	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetz 3468/2006 • NC • V 1442/2006 	
Rechtslage im Überblick	<p>Der Anlagenbetreiber ist auf Basis des Anschlussvertrags zum Ausbau des Netzes durch den Netzbetreiber berechtigt, sofern der Ausbau zur Erfüllung eines Anspruchs auf Netzanschluss notwendig ist (Art. 11 Abs. 1 Gesetz 3468/2006 i.V.m. Art. 301 Abs. 1, 306 NC).</p> <p>Die Berechtigten sind diejenigen Anlagenbetreiber, die Vertragspartei eines Anschlussvertrags sind und eine Produktionslizenz besitzen (Art. 3 Gesetz 3468/2006). Bestimmte Kleinanlagen sind von der Verpflichtung, eine Produktionslizenz zu beantragen, ausgenommen (Art. 4 Gesetz 3468/2006).</p> <p>Der Verpflichtete ist der zuständige Netzbetreiber (Art. 12 Abs. 1 Gesetz 3468/2006). Der Netzbetreiber ist zum Ausbau des Netzes in dem Maß verpflichtet, das für den Anschluss der geplanten Stromerzeugungsanlagen an den technisch und wirtschaftlich günstigsten Verknüpfungspunkt nötig ist. Der Netzausbau wird zentral geplant. Netzausbustudien bilden die Grundlage aller damit verbundenen Netzausbauarbeiten.</p> <p>Der Anlagenbetreiber hat nach Annahme des Anschlussanbots, in dem die nötigen Ausbaumaßnahmen festgelegt sind (Art. 301 Abs. 6 NC) und nach Abschluss eines Anschlussvertrags (Art. 301 Abs. 1 NC) gegenüber dem Netzbetreiber einen Anspruch auf Netzausbau.</p>	
Verfahren	Verfahren	Der Anlagenbetreiber hat nach Annahme des Anschlussanbots, in dem die nötigen Ausbaumaßnahmen festgelegt sind (Art. 301 Abs. 6 NC) und nach Abschluss eines Anschlussvertrags (Art. 301 Abs. 1 NC) gegenüber dem Netzbetreiber einen Anspruch auf Netzausbau.
	Entstehung/Durchsetzung	Der Anlagenbetreiber hat einen Anspruch auf Netzausbau gegenüber dem Netzbetreiber, wenn er das Anschlussangebot (connection offer), welches die erforderlichen Ausbauarbeiten enthält, angenommen hat (Art. 301 Abs. 6 NC) und ein Anschlussvertrag (connection contract) geschlossen wird (Art. 301 Abs. 1 NC).
	Fristen	Die Fristen für einen eventuell erforderlichen Netzausbau ergeben sich aus den vertraglichen Vereinbarungen.
	Auskunftspflicht	
Anreize für den Netzausbau		
Kostenträger der Förderung		
	Kostenträger Staat	

	Kostenträger Verbraucher	
	Kostenträger Netzbetreiber	Die Kosten für den Ausbau des Netzes bis zu dem jeweiligen Verknüpfungspunkt des Netzes trägt der Netzbetreiber (Art. 271 Abs. 1, 272 NC).
	Kostenträger Anlagenbetreiber	
	Verteilmechanismus	Diese Kosten des Netzausbaus werden nach Abzug bestimmter Kosten durch die Erhebung von Netznutzungsentgelten (charges for the use of the system) auf die an das Netz angeschlossenen Kunden abgewälzt (Art. 308, 309 Abs. 4 NC). Anlagenbetreiber zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien sind von der Zahlung von Nutzungsentgelten ausgenommen (Art. 307 Abs. 5 C) (2) NC). In welchem Umfang Netznutzer, wie z.B. Stromlieferanten, die Kosten des Netznutzungsentgelts auf den Endverbraucher umlegen können, richtet sich nach allgemeinen energiewirtschaftsrechtlichen Vorschriften unter der Aufsicht der Regulierungsbehörde.
Netzstudien	Studie über den Ausbau des griechischen Übertragungsnetzes im Zeitraum 2010-2014 (MASM): http://newsite.desmie.gr/fileadmin/user_upload/Files/masm/masm_2010-2014-RAE.pdf (nur in griechischer Sprache).	